



Foto: Helmut Etzkorn

Begeisterung bei den Gästen des Empfanges lösten die bösewitzigen Betrachtungen von Wilfried Schmickler, SoVD-Schirmherr und Kabarettist, über aktuelle Zustände aus.

Schmickler nahm die Sozialpolitik der vergangenen Jahre bissig auf die Schippe.

SoVD-Landesvorsitzende Gerda Bertram forderte eine Generalrevision der Hartz-IV-Sätze, die zu einer massiven Ausbreitung von Armut und Niedriglohnbeschäftigung geführt haben.

### Jahresempfang des Landesverbandes NRW

# Solidarität statt sozialer Ausgrenzung

Einen Kurswechsel in der Sozialpolitik forderte der SoVD NRW bei seinem Jahresempfang. Dieser stand unter dem Motto „SoVD – starke Stimme für Menschen“. Landesvorsitzende Gerda Bertram konnte den nordrhein-westfälischen Sozialminister Guntram Schneider (SPD), einige Landtagsabgeordnete sowie Gäste aus Verbänden und Sozialgerichtsbarkeit begrüßen. SoVD-Schirmherr Wilfried Schmickler kritisierte die Rentenpolitik, die zu immer mehr Armut führe.

Landesvorsitzende Gerda Bertram schilderte die Folgen der Agenda-Politik und der damit verbundenen Hartz-Reformen: „Die Agenda 2010 hat zu einer massiven Ausbreitung der Armut und der Abstiegsangst in unserem Land geführt. Auch wer jahrzehntelang gearbeitet hat, rutscht nach nur einem Jahr Arbeitslosigkeit in die Fürsorgeabhängigkeit. Jeder Sechste ist in NRW inzwischen von Armut bedroht – darunter viele Kinder.“ Bertram wies auf die 300 000 Menschen hin, die in NRW als sogenannte Aufstocker so wenig verdienen, dass sie ergänzende Sozialleistungen beziehen müssen. „Eine Politik, die zu Armutslöhnen und Almosen führt, ist keine sinnvolle Sozialpolitik. Wir brauchen eine Generalrevision

der Hartz-Reformen“, sagte sie.

Mit Blick auf die Landespolitik forderte die SoVD-Landesvorsitzende umfassende Teilhaberechte für Menschen mit Behinderung ein. Die inklusive Bildung werde viel zu zögerlich umgesetzt. Für Pflegebedürftige im Heim müsse ein einklagbarer Rechtsanspruch auf ein Einzelzimmer gesetzlich verankert werden. Nur so könne der Schutz der Privat- und Intimsphäre gewahrt werden.

SoVD-Präsident Adolf Bauer verdeutlichte: „Armut und soziale Ausgrenzung sind in Deutschland längst keine Randthemen mehr. Denn jahrelange Sozialkürzungen haben die Armutsrisiken wachsen lassen. Es ist an der Zeit gegenzusteuern. Insbesondere ein bundesweites Programm gegen

soziale Ausgrenzung und für mehr Verteilungsgerechtigkeit gehört auf die politische Tagesordnung. Dafür wird der SoVD seine Stimme erheben und die politischen Parteien im anstehenden Bundeswahlkampf erinnern.“

Für seine Forderungen erhält der SoVD auch die Unterstützung des Kölner Kabarettisten Wilfried Schmickler, der die Schirmherrschaft über die Kampagne „SoVD – starke Stimme für Menschen“ übernahm.

Schmickler wies auf die Gefahr der Altersarmut hin: „Künftig wird jeder dritte Rentner mit 676 Euro im Monat auskommen müssen, weil er so wenig verdient hat, dass er gar keine Rente über der Armutsgrenze erzielen kann“, betonte er und kritisierte: „Auch wer chronisch krank oder behindert ist, wird im Stich gelassen. Ob jemand medizinisch ausreichend versorgt wird oder ob er eine vernünftige Pflege bekommt, hängt mehr und mehr vom privaten Geldbeutel ab. Das hat mit Menschenwürde und sozialer Gerechtigkeit nichts mehr zu tun.“

Nordrhein-Westfalens Sozialminister Guntram Schneider sprach sich gegen eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze aus. Dennoch kündigte er sozialpolitische Reformen an: „Die niedrigen Arbeitslosenzahlen sind zumindest teilweise durch

## Aus den Grußworten der Fraktionen

*Politik darf nicht um sich selbst kreisen, sondern muss die Fachleute außerhalb der Politik im Auge behalten. Dazu gehört auch der Sozialverband. Durch Ihre Arbeit sind Sie nah an den Menschen und nah an den Themen. Sie sind sich der tatsächlichen Schwierigkeiten im Alltag bewusst. Ihre Arbeit soll entsprechend unterstützt werden. Und Politik muss genau hinhören, was Sie zu sagen haben.* Peter Preuß (CDU)

*Zurzeit können wir feststellen, dass ein stimmgewaltiger Lobbyismus dazu beigetragen hat, dass in Deutschland einige wenige sehr Reiche einer zunehmenden Zahl von Menschen gegenüberstehen, die in Bedrängnis geraten sind und die sich fragen müssen, wovon oder wie überhaupt sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen. Und das in einem der reichsten Länder der Erde.* Manuela Grochowiak-Schmieding (Bündnis 90/Die Grünen)

*Obwohl wir in einem reichen Land leben und mit immer weniger Menschen immer mehr produzieren, haben sich in den letzten Jahren unsere Probleme vergrößert. Die in vollem Gang befindliche Debatte zur Altersarmut deutet an, was uns noch bevorsteht. Gandhi hatte einmal angemerkt, die Welt habe genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier. Wir brauchen ein tragfähiges Zukunftskonzept für ein solidarisches Gemeinwesen und für den inneren Zusammenhalt in NRW.* Dr. Joachim Paul (Piratenpartei)

*Es kann und darf nicht sein, dass zunehmender privater Reichtum zu mehr öffentlicher Armut führt. Neben einem höheren Spitzensteuersatz möchten wir deswegen die Vermögenssteuer wieder einführen, die den Ländern zugute kommt. Darüber hinaus fordern wir die Einführung einer Finanztransaktionssteuer mit einer möglichst breiten Bemessungsgrundlage und niedrigen Steuersätzen.* Inge Howe (SPD)

Niedriglöhne und unsichere Beschäftigungsverhältnisse erkaufte worden. Um die Vermeidung von Einkommensarmut und die Bekämpfung prekärer Beschäftigung müssen wir uns kümmern“, so Schneider. An erster Stelle müsse die Einführung eines gesetzlichen Min-

destlohns von 8,50 Euro pro Stunde und einer Mindestrente für langjährige Beschäftigte von 850 Euro pro Monat stehen.

Wilfried Schmickler erzählte bei seinem Auftritt auch den zum Thema passenden Witz:

**Fortsetzung auf Seite 12**



Fotos (3): Michaela Gehms

Landesminister Schneider (li.) forderte einen gesetzlichen Mindestlohn und eine Mindestrente für langjährige Beschäftigte.